Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,250.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 343. Sonnabend den 13. November 1880. 74. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag den 14. November nur Vormittags bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Vermiethung in der Fleischhalle am Plauenschen Platze.

Die zum 16. Januar 1881 miethfrei werdende Abtheilung Nr. 33 der obigen Fleischhalle soll von da ab gegen einmonatliche Kündigung

Dienstag, den 23. d. M., Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle im Versteigerungswege anderweit vermiethet werden und fordern wir Miethlustige hierdurch auf, sich in diesem Versteigerungstermine einzufinden und ihre Gebote zu thun.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen liegen schon vor dem Termine auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 8. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Im Monat October d. J. gingen bei der Armenanstalt ein:

a. an Legaten:

300 ℳ — ₰ von der am 20. September d. J. verstorbenen Frau Sophie Eleonore verw. Eisold geb. Pietzsch;

b. an Geschenken:

1 „ — „ Sachverständigengebühr von Herrn Uhlemann, durch das Königl. Amtsgericht,
10 „ — „ von Herrn Kürschnermeister Günther, durch das Gewerbeschiedsgericht,
100 „ — „ von Herrn E. A. Naville aus Paris, durch die Herren Knauth, Nachod & Kühne,
16 „ — „ als Erlös für 18 Stück Hirschfänger der ehemaligen 2. Comp. III. Bat. Leipziger Communalgarde, durch Herrn Stadtrath C. Roch,
2 „ — „ als Sühne in Sachen K. ./. P., durch den Friedensrichter Herrn A. Jauck sen.,
5 „ — „ „ „ „ „ B. ./. J., durch den Friedensrichter Herrn Stadtrath Nagel,
3 „ — „ „ „ „ „ R. ./. K., durch den Friedensrichter Herrn Conrad,
20 „ — „ „ „ „ „ Frau H. ./. Frau K.
10 „ — „ „ „ „ „ M. ./. Sch. } durch den Friedensrichter Herrn Wünschmann,
20 „ — „ „ „ „ „ G. ./. U.
5 „ — „ „ „ „ „ W. ./. H.
2 „ — „ Zeugengebühren von Herrn August Robert Barth, durch das Königl. Amtsgericht:

c. an der Armencasse gesetzlich zufallenden Geldern:

402 „ 75 „ für Musikerlaubniß und Gestattung von Schaustellungen, durch den Rath,
165 „ — „ diverse Strafen, Sonntagsentheiligung betr., durch denselben,
15 „ — „ für dergl., durch das Königl. Amtsgericht.

1076 ℳ 75 ₰

Leipzig, den 10. November 1880.

Das Armen-Directorium.
Ludwig-Wolf, d. Z. Vorf. Lange.

Bekanntmachung.

Die am 18. October d. J. zur anderweiten Vermiethung versteigerten Wohnungen in den nachbezeichneten, der Stadtgemeinde gehörigen Häusern nämlich

1) in der II. Etage des Hauses Grimmatsche Straße Nr. 37,
2) in der I. Etage des Hauses Salzgäßchen Nr. 1
und
3) in der III. Etage (Dachgeschoß) desselben Hauses,

haben wir für die darauf gethanen Höchstgebote zugeschlagen, hingegen den Zuschlag des am nämlichen Tage gleichfalls zur Vermiethung an den Meistbietenden ausgebotenen Kellerlocals in dem Hause Naschmarkt Nr. 1 für die darauf gethanen Gebote abgelehnt.

Es werden daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die übrigen Bieter auf die Wohnungen unter Nr. 1 bis 3, sowie die Bieter auf vorgedachtes Kellerlocal hiermit ihrer Gebote entlassen.

Leipzig, den 9. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Verpachtung von Gartenplätzen.

Von der unterhalb des ehemaligen Exercirplatzes bei Gohlis zwischen der alten Sandgrube und der Pleiße gelegenen, der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Parcelle Nr. 2694 der Stadtflur, auf welcher bereits Pachtgärten sich befinden, soll der zwischen diesen und dem Flusse befindliche, zeither als Feld verpachtete bez. zur Schlammablagerung benutzte hinterste Theil in 7 Abtheilungen und zwar

Nr. 32 von 864 Quadratmeter,	Nr. 36 von 381 Quadratmeter,
„ 33 „ 428 „	„ 37 „ 597 „
„ 34 „ 885 „	„ 38 „ 478 „
„ 35 „ 433 „	

Flächengehalt zur Anlegung von Gärten, welche jedoch nicht zum gewerbsmäßigen Betriebe der Gärtnerei benutzt werden dürfen, auf die sechs Jahre 1881 bis mit 1886

Montag, den 22. dss. Mts., Vormittags 11 Uhr,

an Rathsstelle (Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 16) an die Meistbietenden verpachtet werden.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen nebst einem Situationsplane liegen auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 10. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Oeffentliche Plenarsitzung der Handelskammer

Dienstag, den 16. November d. J. Abends 6 Uhr in deren Sitzungssaale, Neumarkt 19, I.

Tagesordnung:

1) Registrande.
2) Berichte des Verkehrs-Ausschusses über a) Nr. 3 der Tagesordnung des Deutschen Handelstags, das Eisenbahntarifschema betr., b) Nr. 4 derselben, die wegen Verstaatlichung einer Anzahl von Eisenbahnen wünschenswerthen wirthschaftlichen Garantieen betr., c) die Einladung der Handelskammer zu Bremen und Gen. zu einer Vorbesprechung in der Eisenbahntarif-Frage.
3) Bericht des Ausschusses für Bank-, Münz- und Börsenwesen über Nr. 8 der Tagesordnung des Deutschen Handelstages, die Währungsfrage betr.
4) Ausschußbericht über die Raths-Vorlage, das Verbot des Aushängens von Waaren betreffend.
5) Wahl von Delegirten für den Deutschen Handelstag.
6) Zuwahl von zwei Mitgliedern.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 12. November.

In einer gestern stattgefundenen Sitzung der nationalliberalen Fraction wurde der Beschluß gefaßt, eine Interpellation in Bezug auf die Höhe der Gerichtskosten zu stellen. Die Haltung der Fraction gegenüber dem Vorschlage eines Steuererlasses von 14 Millionen unterlag einer eingehenden Discussion. Als Redner für das Plenum wurden die Abgg. Miquel und von Benda aufgestellt. Zur Beurtheilung des Vorschlages der preußischen Regierung ist eine sehr sorgfältige Prüfung der Specialetats erforderlich, welche bei der Ausdehnung, die insbesondere der Eisenbahnetat gewonnen, die Thätigkeit der Budgetcommission hervorragend in Anspruch nehmen wird. Ohne eine solche Vorprüfung ist ein sicheres Urtheil über die Berechtigung oder Nichtberechtigung des angebotenen Steuererlasses nicht zu gewinnen und es ist damit der Entschluß der Fraction gerechtfertigt, vor definitiver Stellungnahme die aus den Commissionsberathungen hervorgehenden Aufklärungen abzuwarten. Außerdem steht mit der Beurtheilung der Frage das in Aussicht gestellte Gesetz über die Reform der directen Steuern in einem so innigen Zusammenhang, daß dasselbe vor der definitiven Entscheidung den Berathungen der Budgetcommission unterliegen muß, dessen Einbringung also abzuwarten wäre. Die großen Bedenken, welche der vorgeschlagene Steuererlaß von 14 Millionen bei einem Extraordinarium von 39 Millionen, das mit 30 Millionen durch eine Anleihe zu decken sein würde, gegen sich hat, wurden vielfach hervorgehoben.

Eine schärfere Verurtheilung der Secession aus der nationalliberalen Partei haben wir nicht leicht gelesen, als die, welche jetzt aus einem Orte kommt, wo für die eigentlich treibenden Motive jenes Schritts, die schärfere Betonung der freihändlerischen Grundsätze, ein vorzugsweise günstiger Boden vorhanden ist — aus Hamburg. Die beiden dortigen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, Wolffson und Möring, haben sich der Secession nicht angeschlossen und rechtfertigen ihren Entschluß in einem Schreiben an den dortigen liberalen Reichstagswahl-Verein. Sie führen darin aus, daß sie sich der Austrittserklärung nicht hätten anschließen können, nicht etwa deshalb, weil sie den dort ausgesprochenen Grundsätzen nicht zustimmen könnten, sondern weil sie glaubten, für diese Grundsätze auch innerhalb des Verbandes der nationalliberalen Partei wirken zu können. Hochbedeutsam gerade aus einem Centrum der freihändlerischen Bestrebungen, aus einer durch die neueste Handelspolitik unstreitig geschädigten und bedrohten Stadt, die allen Grund hat, Front gegen diese Politik zu machen, und aus dem Mund von Abgeordneten, die durchaus nicht dem Verdacht ausgesetzt sind, der Regierung zu lieb Concessionen in ihren freihändlerischen Grundsätzen zu machen, ist der folgende Satz: „In einem Puncte können wir unsere Bedenken gegen die erwähnte Erklärung (der Secessionisten) nicht verhehlen, nämlich in Bezug auf die Worte der Erklärung: „Mit der politischen Freiheit ist die wirthschaftliche eng verbunden", wenn durch dieselben ausgesprochen sein soll, daß eine schutzzöllnerische Richtung mit einer liberalen Anschauung auf politischem Gebiet nicht vereinbar sei. Wir brauchen wohl nicht erst zu versichern, daß wir nach wie vor Freihändler sind. Aber wir sind überzeugt, und die Erfahrung giebt dafür zahlreiche Beweise an die Hand, daß auch eine von der unsrigen abweichende Auffassung der einschlägigen Fragen mit dem politischen Liberalismus sehr wohl verträglich ist, und daß es ein Mißgriff wäre, politische Parteibildungen auf der Grundlage zollpolitischer Anschauungen vorzunehmen. Eine Sonderung nach diesem Gesichtspunct, die allem Herkommen innerhalb des Reichstags widerspräche, würde in Deutschland überdies die doppelt beklagenswerthe Wirkung haben, daß sie im Wesentlichen eine Trennung nach Stämmen, Ländern oder Provinzen veranlassen, ja sogar innerhalb der liberalen Partei zu einer überwiegend norddeutschen im Gegensatz zu einer überwiegend süddeutschen Verbindung führen würde." Man kann sich dieses Zeugnisses aus Hamburg nur freuen.

Die Secessionisten planen übrigens eine Parteiversammlung im größeren Stile. Es sei, so heißt es, das Bedürfniß nach einem Meinungsaustausch in größerem Rahmen immer fühlbarer geworden, wozu namentlich die Rührigkeit beiträgt, mit der die anscheinende Lässigkeit der Secessionisten nach dem ersten Anlauf von gegnerischer Seite zu verwerthen gesucht wird. „Aus diesem Grunde wurde schon — schreibt die „Tribüne" — zur Zeit des jüngsten volkswirthschaftlichen Congresses in Berlin eine größere daselbst abzuhaltende Versammlung liberaler Gesinnungsgenossen aus dem Reiche ins Auge gefaßt, um in freier und öffentlicher Form die in Betracht stehenden Parteifragen zu erörtern. Diese Versammlung soll nunmehr am 20. November d. J. stattfinden, ein Zeitpunct, der mit Rücksicht auf diejenigen auswärtigen Betheiligten gewählt worden ist, die aus Anlaß der am 19. d. M. beginnenden Sitzungen des Deutschen Handelstages um diese Zeit ohnehin in Berlin anwesend sein werden."

Das Gesetz zur Bestrafung der Trunkenheit, welches dem Reichstage zugehen soll, ist — wie die „N. A. Z." nun halb amtlich erklärt — zur Zeit Gegenstand der Berathung des preußischen Staatsministeriums und findet in demselben, wesentliche Billigung.

Das genannte Blatt schreibt: „Die in einzelnen Landestheilen bestehenden Zustände begründen allerdings nach allen der Regierung vorliegenden Nachrichten die Ueberzeugung, daß es nothwendig sei, mit allen thunlichen Mitteln dem so weit verbreiteten Laster zu steuern. Die Bestimmung des Strafgesetzbuchs, daß mit Geld oder Haft zu bestrafen ist, wer ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt, hat sich als ausreichend nicht bewährt, dem Aergernisse zu steuern, welches durch Trunkenheit an öffentlichen Orten gegeben wird. Demgemäß kann es nicht Wunder nehmen, daß sich die maßgebenden Stimmen mit der Tendenz des Gesetzentwurfs einverstanden erklären."

Bei der Landtagswahl in Reutlingen wurde der Candidat der nationalen Partei, Stadtschultheiß Benz in Reutlingen, mit 1181 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Der demokratische Candidat Payer, erhielt 805 Stimmen. Bei der Landtagswahl in Nagold wurde der Oberbürgermeister Luz ohne Gegencandidat gewählt.

Ein Circular des Staatsdepartements der Vereinigten Staaten macht bekannt, daß alle als Bürger der V. St. naturalisirten Deutschen, einschließlich der Elsässer, welche Deutschland, in der Absicht nach Amerika zurückzukehren, besuchen, seitens der Unionsregierung gehörigen Schutz erhalten werden, obwohl sie aufgefordert werden dürften, ihre Naturalisation zu beweisen, sowie auch, daß sie nicht von der deutschen Armee desertirt sind.

Wie man hört, haben alle Mittheilungen über eine veränderte Organisation des Auswärtigen Amtes vorläufig noch wenig oder gar keinen thatsächlichen Anhalt und sind auf allgemeine Bemerkungen über künftige Anordnungen zurück zu führen, die man nicht eher treffen wird, als bis der neue Staatssecretair ernannt ist und die Geschäfte übernommen hat. Beabsichtigt ist, wie im Reichsamt des Innern, auch im Auswärtigen Amte die Herstellung einer besonderen handelspolitischen Abtheilung, welcher die Erledigung der internationalen Verträge und der Colonialfragen zufallen würde.

Der kaiserliche Gesandte Herr v. Radowitz, der vor einigen Tagen von Paris nach Berlin zurückgekehrt ist, wird sich, nachdem er in Friedrichsruhe mit dem Herrn Reichskanzler eine Besprechung gehabt und sich von Sr. Majestät dem Kaiser verabschiedet hat, in diesen Tagen auf seinen Posten nach Athen begeben.

* * *

Auffälligerweise wird in Pest die „polizeiliche" Concessionirung des deutschen Theaters für Ungarn mit Befriedigung aufgenommen. Der betreffende Erlaß des Ministerpräsidenten Tisza, sowie die demselben beigegebene Erklärung wird sehr optimistisch als das Ende der Deutschenhetze aufgefaßt. Außer Tisza habe, so heißt es, auch der Botschafter Graf Szechenyi dabei ein Verdienst. Ferner befriedigt in Wien die deutschen Kreise ein Erlaß des österreichischen Unterrichtsministers, worin energisch gegen die nationale Verhetzung seitens czechischer Lehrer aufgetreten und diesen mit strengsten Disciplinarstrafen eventuell mit Entlassung gedroht wird. — Die Münchener Maler haben gleich den Düsseldorfern ihre Zusage wegen Beschickung der Pester Herbstausstellung zurückgezogen und gleichzeitig diesen Beschluß mit dem Hinweis auf die Deutschenhetze motivirt.

Das serbische auswärtige Amt hat sich in einem Rundschreiben an die Großmächte gewandt. Herr Mijatovics trachtet nach Erhaltung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen Serbiens zu den Mächten und will zu diesem Zweck bestrebt sein, ohne die Interessen des eigenen Landes aus dem Auge zu verlieren, die Rechte anderer Staaten in loyaler Weise zu achten und die internationalen, von Serbien übernommenen Verpflichtungen durchzuführen. Das Wiener officiöse „Fremdl." hält sich überzeugt, daß die Ideen, nach welchen Herr Mijatovics die Regierungsaction Serbiens zu leiten gedenkt, sowohl den wahren Interessen dieses neuen Staates am besten entsprechen, als auch bei den auswärtigen Regierungen eine wohlwollende und sympathische Aufnahme finden werden.

Aus der Nummer des „Glas Tschernagorza", der Regierungszeitung in Cettinie, vom 30. October, ersieht man, daß die montenegrinische Regierung dem englischen Geschäftsträger angezeigt hat, die zur Mitwirkung mit der Flotte der Großmächte bestimmten montenegrinischen Truppen würden sich vom 26. October an in Sutorman zusammengezogen haben. Die Befehlshaber der montenegrinischen Armee Vojo Petrovitch und der Woiwode Bacotitch hätten Weisung erhalten, sich zur Verfügung des Oberbefehlshabers der vereinigten Flotte zu stellen und sich bereit zu halten, auf seine Aufforderung zu marschiren. Man ersieht daraus, daß Montenegro bei der Besetzung von Dulcigno gar nicht auf eigene Hand handeln, sondern die Initiative und die Verant-